

**Schlusswort von Herrn Grégoire Bordier**  
**Präsident der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken**  
**Siebter Private Banking Day – Basel**  
**22. Juni 2023**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
Sehr geehrte Parlamentarierinnen und Parlamentarier,  
Sehr geehrte Botschafterinnen und Botschafter,  
Sehr geehrter Herr Bankenombudsman,  
Liebe Kollegen und Freunde,

Zunächst möchte ich meinen Vorrednern für die Qualität ihrer Beiträge danken. Erlauben Sie mir nun, meine Zusammenfassung zu liefern. Die Welt steht vor zahlreichen Herausforderungen, die sich häufen: geopolitische, klimatische, demografische, inflationäre, protektionistische... Die Globalisierung kehrt sich um und es kommt zu einer Polarisierung um Blöcke herum. Russland, China, die USA und Europa liefern sich einen Krieg um Einfluss. Und mittendrin die Schweiz. Welche Rolle kann unser Land in dieser Welt übernehmen? Wie können wir unseren Wohlstand und unsere Sicherheit gewährleisten? Und welche Auswirkungen hat dies auf den Finanzplatz Schweiz?

Die letzten zwei Stunden haben uns mehrere Denkanstösse geliefert. Das Thema des Tages, die Neutralität der Schweiz, liegt an der Grenze zwischen Politik und Wirtschaft. Ich werde daher zunächst diese beiden Aspekte getrennt analysieren und mich dann mit dem Bindeglied zwischen den beiden befassen: der Waffe der Wirtschaftssanktionen.

Die Neutralität ist ein wesentliches Merkmal der Schweiz. Sie ist dauerhaft, völkerrechtlich anerkannt, bewaffnet und frei gewählt. Es ist noch unwahrscheinlicher, dass unser Land sie aufgibt, als dass es der Europäischen Union beitrifft! Bei genauerem Hinsehen ist jedoch festzustellen, dass die militärische Neutralität nach wie vor streng ausgelegt wird, während die politische Neutralität um das Prinzip der guten Dienste herum flexibler betrachtet wird, wie der Bundesrat in einem Bericht vom Oktober 2022 in Erinnerung gerufen hat. Wenn keine verbindliche Resolution des UNO-Sicherheitsrats vorliegt, gilt das Neutralitätsrecht. Dieses verbietet, das Überfliegen des eigenen Territoriums oder die Lieferung von Gütern für militärische Zwecke zuzulassen. Der Grundsatz der Gleichbehandlung gebietet es, keine der Kriegsparteien zu bevorzugen.

Auf politischer Ebene hat sich unser Parlament erst in diesem Monat mit möglichen Lockerungen des Wiederausfuhrverbots für Schweizer Waffen befasst, ohne in dieser Frage zu entscheiden. In dieser Hinsicht gilt es, Weitblick zu bewahren. Dem Druck der USA und der EU nachzugeben würde bedeuten, zu vergessen, dass nur die Hälfte der G20-Mitglieder die militärische Aggression Russlands verurteilt hat. Es würde auch bedeuten, die anderen, leider viel zu zahlreichen Konflikte zu vergessen, die auf unserem Planeten herrschen. Die Schweiz wird in der Welt immer noch weitgehend als neutral wahrgenommen. Sollte sie eine Partei politisch und militärisch bevorzugen, nur weil die Kämpfe näher an ihrem Territorium stattfinden? Wird die Schweiz wirklich zum Frieden beitragen, indem sie Waffen liefert?

Es steht jedem frei, auf diese Fragen die Antwort zu geben, die er für richtig hält. Für den Schweizer Finanzplatz und den Wohlstand unseres Landes im Allgemeinen ist es jedoch wichtig, dass die Schweiz eine echte Reflexion über ihre langfristige Vision der Neutralität anstellt, um ihren einzigartigen Status als neutrales, gastfreundliches und tolerantes Land zu bewahren, abseits von zunehmend vorschnellen Werturteilen. Wenn wir die voran erwähnten globalen Herausforderungen lösen wollen, werden Vermittler wie die Schweiz gebraucht, die auf weniger Polarisierung hinarbeiten.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist es interessant, unsere Beziehungen mit der Europäischen Union, den USA und China zu betrachten. Im Jahr 2021 fanden 51% unseres Handels (Waren und Dienstleistungen zusammengenommen) mit der Europäischen Union statt, 18% mit den USA und 6% mit China. Eine statische Betrachtung würde vermuten lassen, dass letzteres nicht so wichtig ist. Aber in 20 Jahren ist unser Warenhandel mit der Europäischen Union um 60% gewachsen (dank den bilateralen Verträgen), mit den USA um 250% (trotz fehlendem Freihandelsabkommen) und mit China um 900% (die sich trotz fehlender Demokratie zu entwickeln wusste)! Fazit: Alle diese Partner sind auf die eine oder andere Weise wichtig, und es wäre besser, keinen von ihnen zu verärgern. Zumal China, Indien und Russland zunehmend miteinander kooperieren und in jüngster Zeit auch die Golfstaaten, der Iran und die Türkei hinzugekommen sind.

Die Vermögensverwaltung ist auch eine Exportindustrie. Denn die Finanzprodukte und -dienstleistungen werden in der Schweiz produziert, aber im Durchschnitt zur Hälfte im Ausland vertrieben. Bei der institutionellen Vermögensverwaltung beträgt das Verhältnis tatsächlich ein Drittel und bei der privaten Vermögensverwaltung zwei Drittel. Im Jahr 2020 stammten 40% der grenzüberschreitenden Privatkunden aus der Europäischen Union, 19% aus dem Nahen Osten, 13% aus Lateinamerika und 12% aus Asien. Damit ist eine stärkere Diversifizierung festzustellen als bei anderen Exportindustrien. Hinzu kommt, dass die grossen Schweizer Banken Tochtergesellschaften in allen Teilen der Welt haben. Deshalb wird die Situation

zunehmend kompliziert, wenn immer mehr geopolitische Blöcke entstehen, da dies die Risiken vervielfacht, das Vertrauen eines dieser Blöcke zu verlieren. Diese Risiken werden noch verschärft, wenn sich die Schweiz an einige annähert, ohne mit anderen sprechen zu wollen.

Damit komme ich zu dem Thema, das mein Kollege Philipp Rickenbacher in der Einleitung angesprochen hat: die Sanktionen. Seit Anfang der 2000er-Jahre sind Wirtschaftssanktionen zu Waffen geworden, und ihre Anwendung nimmt immer mehr zu. In der Schweiz hat der Bundesrat am 28. Februar 2022 mit sofortiger Wirkung die von der Europäischen Union gegen Russland verhängten Sanktionen übernommen. Im Jahr 2014 hatte er lediglich Massnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass die Sanktionen der Europäischen Union umgangen werden können. Es war die Intensität des Konflikts, die eine andere Reaktion gerechtfertigt hätte. Die Schweizer Banken setzen daher die vom Bundesrat erlassenen Sanktionen strikt um, ebenso wie die rund 20 anderen Sanktionsregime, die auf dem Embargogesetz von 2002 basieren. Doch während die Sanktionen grundsätzlich gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtet sind, wurde zum Teil die gesamte russische Bevölkerung unter Generalverdacht gestellt, was zu weit geht und in der Praxis weiterhin zahlreiche Anwendungsprobleme aufwirft. Ich denke dabei an die Begrenzung der Einlagen auf 100'000 Euro für viele russische Bürger und Einwohner, eine Massnahme, die weder die USA noch das Vereinigte Königreich übernommen haben und die daher nur negative Auswirkungen hat.

Da damit zu rechnen ist, dass Wirtschaftssanktionen zunehmend eingesetzt werden, sollte die Schweiz eine eigenständige Sanktionsstrategie entwickeln und vom ersten Tag an in die internationale Koordination eingebunden werden. Zu diesem Zweck müssen die Organisation und die Ressourcen des SECO gestärkt werden. Im Übrigen hat der Nationalrat kürzlich eine Motion angenommen, die den Bundesrat auffordert, eine «kohärente, umfassende und eigenständige» Sanktionspolitik zu betreiben. Man könnte sich sogar vorstellen, eine schweizerische Instanz ähnlich der amerikanischen OFAC zu schaffen.

Die Schweiz mit ihrer langen Tradition als Rechtsstaat sollte auch ihre Stimme erheben, wenn einige dazu aufrufen, Grundrechte wie die Eigentumsgarantie oder die Unschuldsvermutung mit Füßen zu treten. Am 15. Februar 2023 erinnerte der Bundesrat daran, dass die entschädigungslose Konfiskation privater Vermögenswerte nur dann möglich ist, wenn ihre Herkunft illegal ist. Diese Position ist eigentlich mit der der Europäischen Union oder der USA vergleichbar, auch wenn ihre Rhetorik darauf hindeutet, dass sie gerne weiter gehen würden. Die Konfiskation von Privatvermögen würde in künftigen Verhandlungen mit Russland ein Druckmittel verschwinden lassen, und Russland könnte zudem argumentieren, dass die westlichen Länder das Völkerrecht nicht einhalten.

Wie Albert Einstein einst sagte: "You don't have to understand the world, you just have to find your own way around in it". Ich wünsche mir, dass die Schweiz den Weg des Dialogs und der Vernunft geht. Wir werden dies beim nächsten Private Banking Day am 18. Juni 2024 in Genf prüfen können. Vorerst bleibt mir nur, Ihnen zu danken, dass Sie so zahlreich zu diesem siebten Private Banking Day in diesem wunderschönen Gebäude von Frank Gehry erschienen sind. Ich möchte mich auch ganz besonders bei Frau Carolin Roth für ihre effiziente und mehrsprachige Moderation bedanken und bitte sie, sich unter Ihrem Applaus zu mir auf die Bühne zu begeben.

Nun lade ich Sie ein, einen Moment des geselligen Beisammenseins bei einem Cocktailempfang zu geniessen, der auf der Terrasse serviert wird.